AUSSIEDLER - OPFER DES RASSISMUS

Flugblatt der **Darmstädter Initiative gegen Rassismus**

Die wachsende Zahl der Aussiedler und die Probleme, die sich aus ihrer Ankunft in der BRD angeblich für den Arbeitsmarkt und die Wohnungslage ergeben, sind heute ein großes Thema der bürgerlichen Politik. Vor einigen Jahren noch waren Aussiedler nur interessant, wenn es darum ging, den Antikommunismus zu schüren. Indem man sie als Opfer der Systeme des Ostblocks darstellte, konnte von den sozialen und politischen Mißständen in der Bundesrepublik abgelenkt werden.

Heute hat sich durch die wirtschaftliche Krise in Osteuropa die Situation sehr verändert. Seit den fünfziger Jahren kamen jährlich etwa 40 000 Aussiedler nach Westdeutschland. Im Jahre 1987 waren es 80 000 und für dieses Jahr wird mit etwa 200 000 gerechnet. Der Zuwachs der Aussiedler hat in der Bundesrepublik eine heftige politische Debatte ausgelöst.

DIE SACHE MIT DEM DEUTSCHTUM

Kürzlich bezeichnete Bundeskanzler Kohl die Integration der Aussiedler als 'nationale Aufgabe', die alle Deutschen in gleicher Weise 'ideell und materiell' verpflichte. Außenminister Genscher rief in der **Bild am Sonntag** Unternehmer, Gewerkschaften, Kirchen und Jugendorganisationen zu einer nationalen Kampagne für die Eingliederung der Aussiedler auf. Während Ausländer und Flüchtlinge aus der Dritten Welt als Belastung für die Bundesrepublik betrachtet werden, wird den Aussiedlern bescheinigt, sie seien aufgrund ihres 'Deutschtums' hier besonders willkommen.

So werden Aussiedler, Ausländer und Flüchtlinge von bundesdeutschen Politikern gegeneinander ausgespielt. Kürzlich forderte der Frankfurter Oberbürgermeister Brück, die Stadt Frankfurt solle, da sie Aussiedler aufzunehmen habe, von der Verpflichtung, Flüchtlinge aus der Dritten Welt aufzunehmen, befreit werden. Ähnliches spielt sich in vielen hessischen Gemeinden ab, die fordern, statt Flüchtlingen lieber Aussiedler zugewiesen zu bekommen.

SPALTUNG

Es bahnt sich eine Spaltung zwischen Deutschen, Aussiedlern, Ausländern und Flüchtlingen an, die eine große Gefahr für die arbeitende Bevölkerung in diesem Lande ist. Wir müssen ihr entgegentreten, denn sie kann nur dazu führen, daß sich rassistische Spannungen in der Bundesrepublik vertiefen. Dadurch wird unsere Fähigkeit gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit, Lohndruck und Sozialabbau vorzugehen, untergraben. Wir müssen verhindern, daß Deutsche, Ausländer und Aussiedler nach Belieben gegeneinander ausgespielt werden können.

Dabei ist es wichtig, die nationalistische Propaganda, die die Bundesregierung mit Aussiedlern betreibt, zu entlarven. Die Bundesregierung versucht den Eindruck zu vermitteln, sie wolle durch die Aufnahme von Aussiedlern deutschen Menschen, die wie Helmut Kohl sagte, 'an den Folgen des zweiten Weltkrieges besonders schwer zu tragen hatten', helfen. Doch ist die Bundesregierung wirklich so human?

In Wirklichkeit sind Aussiedler, genau wie Ausländer, für Politiker und Unternehmer eine nützliche und billige Arbeitskraftreserve. Trotz der Wirtschaftskrise besteht in einigen Sektoren der deutschen Industrie Arbeitskräftemangel. Darüber hinaus haben die Unternehmer durchaus ein Interesse an einer gewissen Zahl von Arbeitlosen. Nur mit Hilfe der industriellen Reservearmee der Arbeitslosen ist es möglich, auf die beschäftigten Arbeitnehmer den Druck auszuüben, der notwendig ist um Wochenend- und Teilzeitarbeit, Lohndruck, Arbeitsintensivierung und andere Maßnahmen durchzusetzen, mit denen die Unternehmer ihre Profite auf unsere Kosten erhöhen wollen.

PROFIT UND ARBEITSMORAL

Es ist daher kein Wunder, daß das Bundesinnenministerium kürzlich in Bezug auf die Aussiedler enthusiastisch feststellte: 'Für 1988 ist eine eher noch günstigere Altersstruktur anzunehmen. Das heißt, rund 90 Prozent aller Aussiedler sind Jugendliche oder Erwachsene im arbeitsfähigen Alter.' Kürzlich bescheinigte der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Egon Franke, den Aussiedlern eine besonders ausgeprägte 'Arbeitsmoral'. Unternehmer und Politiker betrachten Aussiedler als arbeits- und leistungswillige Lohnarbeiter, die ohne Murren Überstunden schieben, wenig gewerkschaftliche Tradition haben und sich somit gegen die deutschen Kollegen ausspielen lassen.

Dies sind die wirklichen Motive der Bonner Aussiedlerpolitik. Die nationalistische Propaganda, die das 'Deutschtum' der Aussiedler in den Vordergrund stellt, dient nur dazu, sie zu verschleiern und gleichzeitig reaktionäres nationalistisches Gedankengut in der Bevölkerung zu verbreiten.

GEMEINSAM KÄMPFEN

Wir müssen uns gegen die Spaltung der arbeitenden Bevölkerung in Deutsche, Aussiedler und Ausländer zur Wehr setzen. Dazu ist es erforderlich, die Vorstellung, Ausländer oder Aussiedler seien eine Bedrohung für unsere Arbeitsplätze oder Sozialleistungen, zu bekämpfen. Wer uns wirklich bedroht, sind die Unternehmer und Politiker, die mit Lohndruck, Arbeits- und Sozialabbau die Kosten der Krise auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung auszutragen suchen. Nur sie profitieren davon, wenn wir uns durch Nationalismus und Rassismus spalten lassen. Ausländer, Flüchtlinge und Aussiedler sind nicht unsere Konkurrenten, sondern Mitstreiter im Kampf für mehr Rechte und bessere Lebensbedingungen.

Daher müssen wir eintreten für:

* **Gleiche Rechte für Alle - Deutsche, Aussiedler, Flüchtlinge und Ausländer**

INITIATIVE GEGEN RASSISMUS
DARMSTADT

Die **Initiative gegen Rassismus** trifft sich jeden Donnerstag um 19.00 in der TH Darmstadt, Altes Hauptgebäude, Raum 25.